

Fakten zur Europäischen Dimension von Flucht und Asyl: Türkei

Stand: Dezember 2015

ÜBERBLICK

Bevölkerungsstruktur

Population	79,4 Mio.
Wachstumsrate	1,26%
Ethnien	70-80% Türken, 15-20% Kurden (davon 24% Zaza), 2% Araber, weitere Minderheiten
Sprachen	Türkisch, kurdische Sprachen, Arabisch, Sonstige
Religion	99% Muslime (Sunniten und Aleviten), Minderheiten von Christen und Juden
Medianalter	30,1 Jahre

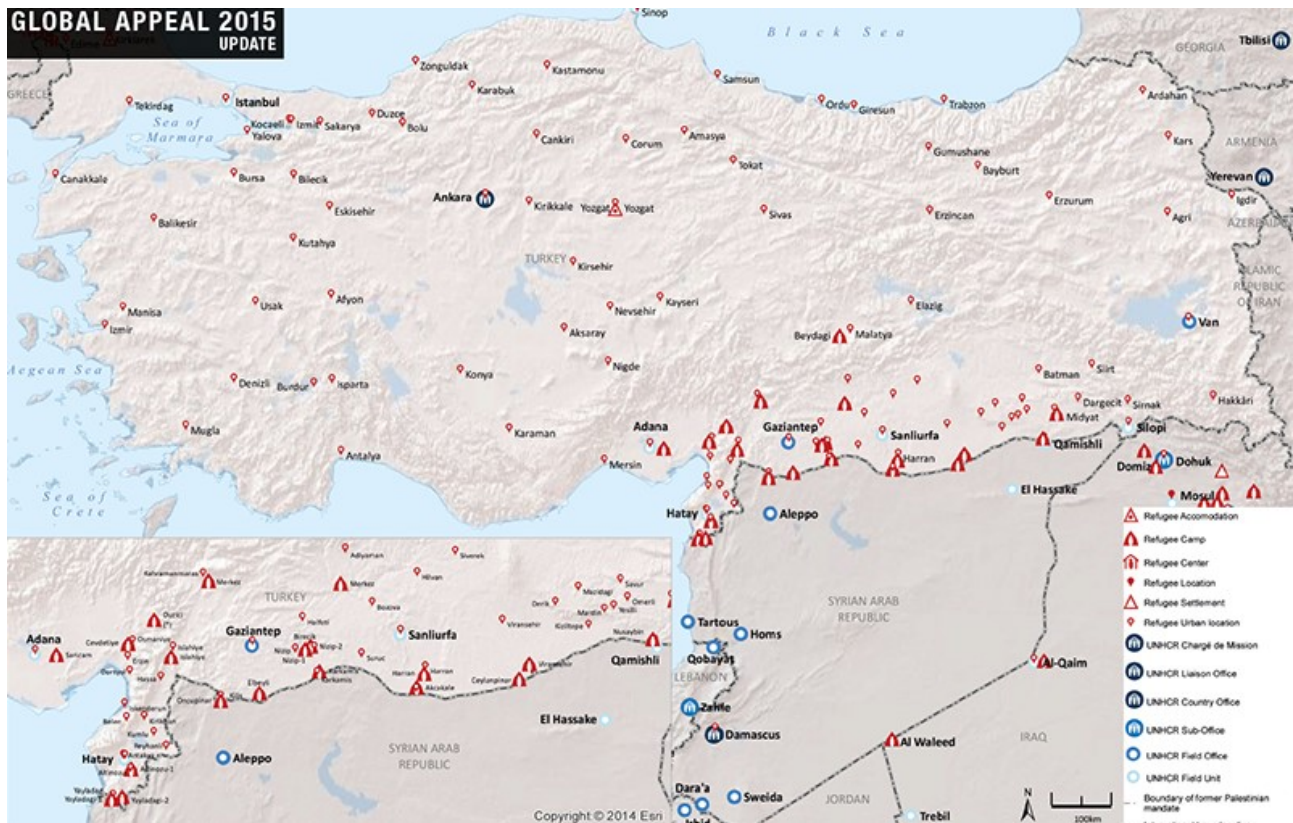
Wirtschaft & Beschäftigung

BIP (pro Kopf)	\$799,5 Mrd. (\$10.529)	↘
BIP Wachstumsrate	2,9 %	↘
BNE (KKP) (pro Kopf)	\$1443,4 Mrd. (\$19.020)	↗
Inflationsrate (VPI)	8,9 %	↗
Arbeitslosenquote	9,9 %	↗
Jugendarbeitslosenquote (15-24)	18,0 %	↗
Direktinvestitionsströme	\$12,5 Mrd. (2013)	↘
Anteil EU-28	11,3 % (2013)	↘
Gesamtimporte	\$207,8 Mrd. (2013)	↗
Anteil EU-28	31,8 % (2013)	↗
Gesamtexporte	\$149,8 Mrd. (2013)	↘
Anteil EU-28	58,8 % (2013)	↗

(Alle Zahlen 2014, es sei denn anders ausgewiesen; Pfeile: Trend ggü. Vorjahr)

Politisches System & Verhältnis zur EU

Staats-/Regierungsform	Bertelsmann Stiftung, Transformationsindex 2014 Status: Defekte Demokratie per Verfassung: Republik/parlamentarische Demokratie
Demokratisierungsgrad	Bertelsmann Stiftung, Sustainable Governance Indicators 2015 Demokratiequalität: 4.4 (Skala von 0-10, höher = besser) Rang: 40/41, vergleichbar mit Rumänien und Ungarn
Menschenrechte und Minderheitenschutz	Europäische Union, Fortschrittsbericht Türkei 2015 <ul style="list-style-type: none"> • Meinungsfreiheit ist eingeschränkt, u.a. durch eine willkürliche Auslegung der Gesetze • Versammlungsfreiheit ist übermäßig stark limitiert • Grundsatz der Nicht-Diskriminierung wird ungenügend implementiert • Straf- und Antiterrorgesetzgebung entsprechen nicht dem Präzedenzrecht des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Korruption	Transparency International, Corruption Perceptions Index 2014 Rang: 64/175, vergleichbar mit Oman und Mazedonien
Pressefreiheit	Freedom House, Freedom of the Press Index 2015 Status: nicht frei Punktzahl: 65 (Skala von 0-100, niedriger = besser), vergleichbar mit Pakistan und Malaysia
Verhältnis zur Europäischen Union	Status: Beitrittskandidat (seit 1999), laufende Verhandlungen (seit 2005) Bisherige Integrationsschritte: Assoziierungsabkommen (1964), Zollunion für Industriegüter (1995)



© UNHCR/Global Appeal 2015

LAGER DER FLÜCHTLINGE IN DER TÜRKEI

Kategorisierung	Herkunftsland und Transitland
Anzahl	Unklar; 2,3 Mio. registrierte Syrer und weitere Flüchtlinge aus dem Irak und Iran, Afghanistan, Pakistan und Bangladesch
Unterbringung	Rund 20% sind in Lagern untergebracht, ca. 80% leben außerhalb der Lager in türkischen Städten in zumeist prekären Situationen.
Status der Flüchtlinge	Flüchtlinge und Migranten werden als „Gäste“ mit temporärem Schutz geduldet und nicht als Flüchtlinge anerkannt. Für sie bedeutet das: keine Sozialleistungen, keine Arbeitserlaubnis, keine Kreditwürdigkeit, keinen Grunderwerb.
Finanzierung	\$624 Mio. veranschlagt die UN-Flüchtlingshilfe im Rahmen der „Syria Regional Refugee Response“ für das Jahr 2015. Bis Dezember sind nur rund 35% der Mittel eingetroffen. Ca. \$8 Mrd. hat die Flüchtlingskrise die türkische Regierung nach eigenen Angaben bislang gekostet.
Irreguläre Grenzübertritte nach Griechenland	581.640 (Jan.-Okt. 2015) nach Angaben der Grenzschutzagentur Frontex; Witterungsbedingungen und intensiveres Vorgehen türkischer Behörden lassen Zahlen aktuell sinken (letzte Oktoberwoche: ca. 52.000, letzte Novemberwoche: ca. 5.300). Neben Griechenland sind Bulgarien und die Ukraine Ziele einer kleineren Anzahl von Überfahrten.

Die Türkei ist einerseits Herkunftsland für kurdische Flüchtlinge, die als Folge der Kampfhandlungen zwischen türkischer Armee und PKK das Land verlassen. Andererseits ist die Türkei vor allem Transitland für Migranten und Flüchtlinge aus den Nachbarländern Syrien und Irak, aber auch dem Iran, Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und für Palästinenser aus dem Libanon.

Die türkische Wirtschaft, allen voran die Tourismusbranche, profitiert enorm von der Visafreiheit, die für viele Menschen aus Nahost sowie Süd- und Zentralasien gilt. Unter den Ländern mit einem solchen Abkommen sind auch Syrien und der Iran, sodass viele Chancensucher und Kriegsflüchtlinge die Visafreiheit zur ungehinderten Einreise in die Türkei nutzen können, die dann als Sprungbrett für die Weiterreise nach Europa dient.

Die rund 80% der Migranten und Flüchtlinge, die außerhalb der zumeist abgelegenen Lager in Städten leben, bauen – mangels einer Perspektive sich zu integrieren – Parallelgesellschaften auf. Zwischen ihnen entwickelt sich eine eigene Binnenwirtschaft. Ein Teil wird zudem illegal im Niedriglohnsektor beschäftigt.

Prognose

Sehr wahrscheinlich bleiben die Zahlen für die Zuwanderung in die Türkei und die Weiterreise nach Europa hoch. Gründe sind der Gästestatus verbunden mit der fehlenden Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat, die Diasporadynamik, die bewaffneten Konflikte mit den Kurden, die prekäre Lage in den Flüchtlingslagern im Nord-Irak, Kriege und Konflikte in Afghanistan und Pakistan, das Fortdauern des Kriegs in Syrien und im Nord- und West-Irak und die Aussicht, sich als Chancensucher aus Zentral- und Südasien sowie dem Iran unter die Kriegsflüchtlinge mischen zu können.

BEWERTUNG

Umgang mit Flüchtlingen

Die Türkei ist ein wichtiges Transit- und Herkunftsland für Migranten und Flüchtlinge in die EU. Erst im November 2015 haben Brüssel und Ankara einen gemeinsamen Arbeitsplan zum Management der Flüchtlingsströme verabredet. Die Türkei soll die Zahl der illegalen Zuwanderer in die EU verringern, die Lage der Flüchtlinge verbessern und den Grenzschutz verstärken.

Dafür erklärt sich die EU bereit, den Beitrittsprozess wiederzubeleben, die Vergabe von Visa zu erleichtern und rund €3 Mrd. für die kommenden zwei Jahre an Ankara zu überweisen.

Angesichts der Flüchtlingskrise und der Nahostkriege drängt die Zeit: Brüssel und Ankara müssen dringend gemeinsamen Grenz- und Flüchtlingsschutz in der Ägäis und auf dem Balkan organisieren. Beim Management der Grenze zum Iran, Irak und zu Syrien brauchen die türkischen Behörden die Unterstützung der EU. Ankara und Brüssel müssen dem UNHCR bei der Versorgung und Verbesserung der Situation in den Flüchtlingslagern gemeinsam unter die Arme greifen. Da die meisten Flüchtlinge in prekären Situationen in der Türkei siedeln, sollten Ankara und Brüssel ein gemeinsames Versorgungssystem aufsetzen, was aus dem €3 Mrd. „Türkei-Fonds“ bezahlt werden könnte. Da viele Flüchtlinge aus kulturellen Gründen und aufgrund der Nähe zur alten Heimat gerne in der Türkei bleiben wollen, sollte Brüssel auf Ankara einwirken, dass sie einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten, der es ihnen ermöglicht, legal zu arbeiten, Besitz zu erwerben, Versicherungen abzuschließen und den Kindern eine Bildungsperspektive zu geben. Außerdem muss die Politik der Visafreiheit der türkischen Regierung auch Thema der anstehenden Verhandlungen zur Visaerleichterung für Türken in die EU sein.

Ambivalente Regionalpolitik

Aus europäischer Sicht ist die Türkei zentraler Akteur auf dem Balkan sowie eine geostrategische Brücke in den Nahen und Mittleren Osten und nach Zentralasien. Die Türkei gehört neben dem Iran und Saudi-Arabien zu den Regionalmächten, die entscheidend sind für die Lösung der Bürgerkriege in Syrien und dem Irak. Sie unterstützen dort unterschiedliche Konfliktparteien und Milizen.

Dabei ist Ankaras Regionalpolitik ambivalent: Ankara liegt im Streit mit dem Westen, weil es militärisch intensiver gegen Teile der eigenen kurdischen Bevölkerung und insbesondere die PKK vorgeht als gegen den „Islamischen Staat“ (IS). Ankara liegt im Streit mit Bagdad, weil es die irakischen Kurden unterstützt. Ankara liegt im Streit mit den USA, weil es die syrischen Kurden bekämpft. Ankara liegt im Streit mit Moskau, weil Russland die syrischen Turkmenen bekämpft und

Syriens Diktator Assad stützt, dessen Sturz Erdoğan's erklärtes Ziel ist.

Die ambivalente Regionalpolitik wird für Ankara immer teurer: Terroranschläge des IS in der Türkei fordern Opfer, Putin verhängt Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei und stoppt gemeinsame Energieprojekte, Kosten für Militär und Grenzschutz steigen immens (alleine 2014 um 25%), internationale Investitionen gehen zurück.

Insgesamt ist die türkische Außenpolitik also unter Druck, was der EU ermöglicht, ihr ganzes diplomatisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um die türkische Regierung zu drängen, die Friedensverhandlungen mit den Kurden wieder aufzunehmen und sie bei den Wiener Verhandlungen über den Syrienkonflikt in die Pflicht zu nehmen.

„Sultanisierung“

Mit Härte, Selbstbewusstsein und Machtinstinkt hat Recep Tayyip Erdoğan sich konsequent gegen potentiell konkurrierende Institutionen und Machtzentren wie die Generalität, die Führung der Justiz, kritische Medien und die islamistische Gülen-Bewegung durchgesetzt.

Erdoğan ist in seiner Partei, der islamistischen AKP, unumstritten, denn sie ist die stärkste Kraft im Parlament und stellt die Regierung. Er ist dabei, die türkische Republik von einem parlamentarischen in ein präsidentiales System zu transferieren und mehr noch, seine Person als Präsidenten – residierend in einem neuen und riesigen Palast – in das Zentrum aller Entscheidungen zu stellen. Das hat ihm von Kritikern die Bezeichnung als ‚Sultan‘ eingebracht.

EU-Türkei-Beziehungen und Finanzierung

Mit der Eröffnung von 14 Kapiteln seit 2005 startete der EU-Beitrittsprozess der Türkei mit Schwung. Zu dieser Zeit hatte die EU einen großen Einfluss auf die türkische Innenpolitik: die Medienfreiheit und der Minderheitenschutz verbesserten sich und Friedensverhandlungen mit den Kurden begannen.

Doch der Zypern-Streit, die unsägliche Debatte über „Türkei rein in die EU oder außen vor“ und der immer herrschaftlichere und nationalistischere Kurs von Erdoğan legten trotz permanenter Dialogkanäle die Beitrittsverhandlungen lahm – und damit auch die Einflussmöglichkeiten Brüssels auf Ankaras Innen- und Außenpolitik.

Trotz verständlicher Bedenken vieler Europäer über die schlechte Lage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei zwingen die Flüchtlingskrise und die Nahostkriege Brüssel, die Zusammenarbeit mit Ankara wieder ernsthaft aufzunehmen. Tritt die EU-28 geeint auf, steigen die Einflussmöglichkeiten auf die türkische Innen- und Außenpolitik. Doch noch streiten sich EU-Kommission und Mitgliedstaaten, aus welchen Töpfen die €3 Mrd. für den „Türkei-Fonds“ gespeist werden sollen. Der EU-Gipfel am 17. und 18. Dezember soll Klarheit bringen. Die zahlungswilligen Mitgliedstaaten wollen die sich weigernden Staaten durch eine Kürzung von EU-Mitteln indirekt strafen. Da der EU-Haushalt aber bis 2020 festgezurr ist, wäre auch eine „Abstrafung“ erst ab diesem Zeitpunkt möglich. Der Finanzierungsstreit spiegelt die Uneinigkeit über Strategien zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zwischen den EU-Mitgliedstaaten wider.

Zu guter Letzt müsste Brüssel auch Zypern in die Pflicht nehmen, bessere Beziehungen zum Nordteil der Insel und zur Türkei zu wagen.

ANSPRECHPARTNER

Christian-Peter Hanelt, Nahostexperte

Tel.: ++49 – 5241 81 81 187

christian.hanelt@bertelsmann-stiftung.de

Tim Lewis Poppenborg

tim.lewis.poppenborg@bertelsmann-stiftung.de

Tel.: ++49 – 5241 81 81 143

LITERATUR UND QUELLEN

- Fortschrittsbericht der EU zur Türkei (2015)
- Freedom of the Press Index, Freedom House (2015)
- Länderbericht Türkei im Bertelsmann Transformationsindex (BTI) (2014)
- Länderprofil Türkei des UNHCR (2015)
- Länderprofil Türkei im Fischer Weltalmanach (2015)
- Länderprofil Türkei, „Sustainable Governance Indicators“, Bertelsmann Stiftung (2015)
- „Syria Regional Refugee Response“ Informationsportal des UNHCR (2015)
- Statistiken der Weltbank (2015)
- Statistiken von Eurostat (2015)
- Statistiken von Frontex (2015)